

Ungarn will Defizitziel auch ohne IWF schaffen

Ungarn will seinen Vertrag mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und das darin festgelegte Defizitziel einhalten. Im Streit mit IWF und EU pocht die Regierung in Budapest jedoch darauf, selbst zu entscheiden, welche Schritte daraus erfolgen. Dies betonte der rechtskonservative Ministerpräsident Viktor Orban gestern nach Angaben der Nachrichtenagentur MTI. Am Wochenende hatten IWF und EU Verhandlungen mit Ungarn über die nächste Kreditrate wegen Meinungsverschiedenheiten zur Budgetpolitik abgebrochen. Im seit 2008 geltenden und in diesem Oktober ablaufenden Vertrag mit dem IWF sei für 2010 ein Defizitziel von 3,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgehandelt worden, und dies werde Ungarn einhalten, sagte Orban. Die notwendigen Entscheidungen dazu lägen ausschließlich in der Hand der nationalen Regierung. Ungarn war Ende 2008 durch ein Notkreditpaket von IWF und EU-Finanzinstitutionen vor dem Staatsbankrott gerettet worden. DPA

Cameron macht sich in USA für BP stark

Der britische Premierminister David Cameron hat sich gestern in Washington um eine Entspannung des Verhältnisses zu den USA bemüht, das vom Streit um den Ölgiganten BP belastet wird. Vor einem Treffen mit Präsident Barack Obama sagte Cameron, BP habe „alles Notwendige“ getan, um das Leck des Ölbohrlochs im Golf von Mexiko abzudichten und Entschädigungen zu zahlen. Im Sender National Public Radio trat Cameron zugleich Vorwürfen entgegen, der Energiekonzern habe eine Rolle bei der Freilassung des Lockerbie-Attentäters Abdel Basset al-Megrahi gespielt. BP hat eingeräumt, sich für die Freilassung eingesetzt zu haben, um ein Ölgeschäft mit Libyen zu bekommen. In die Entscheidung sei das Unternehmen aber nicht einbezogen gewesen. Cameron sagte, es habe sich um eine Regierungsentscheidung gehandelt. „Es war die falsche Entscheidung. Es war nicht die Entscheidung von BP. Es war die Entscheidung schottischer Minister.“ Der zu lebenslanger Haft verurteilte libysche Geheimdienstoffizier war von Großbritannien im vergangenen Jahr mit der Begründung freigelassen worden, er sei sterbenskrank. REUTERS

Uno-Kontrollleurin frustriert von Ban

Die scheidende Chefkontrollleurin der Uno geht mit Generalsekretär Ban Ki-moon hart ins Gericht. Ban habe ihre Arbeit als oberste Korruptionsbekämpferin unterlaufen und die Organisation in eine Ära des Niedergangs geführt, schrieb Inga-Britt Ahlenius nach einem Bericht in der gestrigen „Washington Post“ in einem vertraulichen Memorandum. Entgegen seinen Ankündigungen zum Amtsantritt 2007 habe Ban die durch mehrere Affären angeschlagene Reputation der Vereinten Nationen nicht mit allen Mitteln geschützt. Vielmehr habe er ihr Amt der Chefrevisorin mehr und mehr geschwächt, schreibe Ahlenius in dem 50-Seiten-Papier an Ban. UN-Mitarbeiter wiesen die Vorwürfe in der „Washington Post“ als „unfair“ zurück. Die Abrechnung der scheidenden Schwedin sei ein „höchst unausgewogener Ausdruck ihrer Differenzen“ mit Ban. Ahlenius war vor fünf Jahren von Bans Vorgänger Kofi Annan berufen worden. Ihre Amtszeit läuft in diesem Monat regulär aus. DPA

EU bemängelt Rumäniens Kampf gegen Korruption

Mehr als drei Jahre nach dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien müssen beide Länder ihren Kampf gegen die Korruption verschärfen. In ihrem jährlichen Fortschrittsbericht kritisierte die EU-Kommission gestern vor allem Rumänien. Während in Bulgarien wichtige Reformen des Justizwesens vorgenommen worden seien, gebe es in Rumänien Mängel. Ein jüngst verabschiedetes Gesetz, das die nationale Antikorruptionsbehörde schwäche, müsse vom Parlament revidiert werden, forderte ein Kommissionsprecher. „Rumänien bricht hier seine Zusagen aus dem EU-Beitritt.“ Die Kommission überwacht die Zustände in den beiden Ländern, weil Bulgarien und Rumänien Anfang 2007 der EU beitreten durften, obwohl es im Justiz- und Polizeibereich noch erheblichen Nachholbedarf gab. DPA

Heiliger Krieg gegen die Hamas

Der Westen mag die Hamas im Gazastreifen für terroristisch halten, doch ihren Feinden in der Heimat ist sie noch zu lasch: Radikale Salafisten machen nicht nur Front gegen Israel, sondern gegen die eigene Regierung

SILKE MERTINS

Es geht kreuz und quer durch Gaza-Stadt. Endlich kommt ein Anruf mit weiteren Anweisungen. „Noch zehn Minuten“, sagt Abu Mustafa, der das Treffen mit einem Führungsmittglied der Dschaisch al-Ummah arrangiert, der Armee der Islamischen Nation. Von einem vermüllten Eingang in einer Gasse führt eine unverputzte Betontreppe durch einen Rohbau aufs Dach. In einer Ecke hat es sich ein Mann gemächlich gemacht. Er will Abu Ali genannt werden. Alte Polstermöbel, Pflanzen in gebrauchten Plastikeimern und eine Schrankwand voller religiöser Bü-

cher. Abgeschirmt von den Blicken der Nachbarn ist der Treffpunkt mit Tüchern auf einer Wäscheleine.

Der hochgewachsene Abu Ali sieht aus, als sei er aus Pakistan eingereist: Er trägt ein langes weißes Gewand, einen wildwüchsigen Bart und eine schwarze, fein gehäkelte Kopfbedeckung. Seine Hand zielt ein Silberring mit einem großen, braunen Stein, wie es bei frommen Moslems in Südasien üblich ist. Abu Ali ist kein Mann, der gerne Interviews gibt. „Ich werde ständig beobachtet“, sagt er. Abu Ali gehört zur Führungsriege der Dschaisch al-Ummah. Die Gruppe steht al-Kaida nahe. Sie wird den sogenannten Salafis zugerechnet, ist noch radikaler als die islamistische Hamas – und sie fordert deren Regierung in Gaza offen heraus. Die Führer anderer Salafistengruppen hat die Hamas bereits eingesperrt.

Bevor Abu Ali eine Frage beantwortet, zitiert er eine Koransure. Dann sagt er unverblümt, was sonst kein anderer in Gaza mehr öffentlich zu sagen wagt: „Hamas sollte zurücktreten.“ Demokratie und das politische System der Palästinensischen Autonomiebehörde seien

eine westliche Fehlentwicklung, unvereinbar mit dem Islam. „Hamas sollte den Kampf wieder aufnehmen. Sie haben den Dschihad verraten und stehen der Einführung der Scharia im Wege. Sie betrügen uns.“

Hamas mag dem Westen als Extremistenorganisation gelten und in Europa, den USA und Israel als Terrororganisation eingestuft sein, aber in den Augen der Salafisten ist sie weich geworden, viel zu weich. Weder habe die Hamas einen Gottesstaat eingeführt, noch nehme sie am Dschihad teil, am heiligen Krieg gegen die Ungläubigen. „Das ist das Resultat, wenn man Teil des politischen Spiels wird“, sagt Abu Ali. Inzwischen würden sie sogar Salafis festnehmen, die an der Grenze Israels bekämpfen.

Lange hatte Hamas die Salafisten nicht ernst genommen. Schließlich glaubt man an dieselben Prinzipien, an den islamischen Staat – auch wenn man sich über den Weg dahin uneinig ist. Wie sehr die Dschihadisten zur Bedrohung werden können, zeigte sich im vergangenen Sommer. In Rafah an der Grenze zu Ägypten rief der Salafis-

tenprediger Abdel Latif Mussa ein Kalifat aus – einen islamischen Gottesstaat. Sicherheitskräfte der Hamas schritten sofort ein. Mussa und über 20 Anhänger wurden getötet.

„Die Hamas hat zum ersten Mal eine Moschee angegriffen und darin Menschen getötet“, sagt Mkhaimar Abusada von der Al-Azhar-Universität in Gaza. Die Hamas sehe die Salafisten zwar im Prinzip als Brüder an, mit denen man lediglich einige Differenzen hat. „Doch andererseits zögern sie nicht, unverhältnismäßige Gewalt anzuwenden, wenn sie es für nötig halten“, sagt Abusada.

Ein Dutzend Salafisten sitzt im Gefängnis. Die Herrschaft der Hamas infrage zu stellen überschreitet alle roten Linien der Regierung. „Wir behandeln sie als Kriminelle, nicht als Terroristen“, sagt Ihab al-Husseini, Sprecher des Hamas-Innenministeriums. „Wir versuchen sie zu überzeugen, dass das, was sie machen, nicht der wahre Islam ist.“ Von al-Kaida halte die Hamas nichts. Man fühle sich in erster Linie dem Widerstand gegen Israel verpflichtet, nicht dem internationalen Dschihad.

Die Hamas fühlt sich unter Druck gesetzt. Die Salafisten bestärken radikale Elemente in den eigenen Reihen. Das zwingt die Hamas, striktere Regeln einzuführen. Erst kürzlich wurde verboten, dass männliche Friseure Frauen frisieren. Die Hamas fürchtet, Anhänger an die Salafisten zu verlieren. „Die Anfänge dieser Gruppen definitiv aus der Hamas hervor“, sagt Abusada. „Heute wissen wir nicht, wie viele Salafisten in Gaza existieren, wer ihnen angehört und wie viele Waffen sie haben.“

Bevor Abu Ali sich den Salafisten anschloss, gehörte er den Popular Resistance Committees an – eine Art Dachorganisation für Militante. Tausende seien wie er übergelaufen, sagt Abu Ali. Aus seiner Verbundenheit zu al-Kaida macht er kein Geheimnis: „Uns verbindet dieselbe Ideologie.“ Der Heilige Krieg richte sich nicht nur gegen Israel: Es gehe auch um die Einführung der islamischen Weltordnung.

Nicht-Muslime übrigens hätten sich unterzuordnen, sagt Abu Ali nüchtern. „Sie können den Islam akzeptieren, konvertieren, oder sie werden getötet.“



Letzter Auftritt: Am Ende konnten **Abdel Latif Mussa** (M.) auch seine bewaffneten Leibwächter nicht schützen. Der radikale Prediger ist ein Beispiel dafür, wie rigoros die Hamas-Regierung im Gazastreifen gegen Konkurrenz aus dem islamistischen Lager vorgeht. Der Salafistenführer hatte im August 2009 in Rafah im Süden des Palästinensergebiets ein Kalifat ausgerufen, einen islamischen Gottesstaat. Am nächsten Morgen griffen die Kämpfer der Hamas an. Mussa starb im Gefecht. Seitdem halten sich die Führer der Salafisten bedeckt

Hämorrhoiden im Parlament

Eine Gesundheitsbehörde der EU forscht akribisch das Intimleben der neuen Angestellten im Europaparlament aus. Nun droht den wissbegierigen Funktionären Ärger

CLAUS HECKING

Wenn Adeline Otto an den unausgefüllten Fragenkatalog in ihrem Büroschrank denkt, wird ihr richtig mulmig. Seit einem halben Jahr wird die Assistentin der Europaabgeordneten Cornelia Ernst (Linke) von der Verwaltung des Europäischen Parlaments unter Druck gesetzt, Auskunft über ihr Intimleben zu geben. „Haben Sie schon einmal an sexuell übertragbaren Krankheiten gelitten?“, heißt es in dem dreiseitigen Bogen, den alle neuen Parlamentsangestellten beantworten sollen. „Hatten sie schon einmal Hämorrhoiden?“ „Haben Sie je selbst einen Neurologen, Psychiater, Analytiker oder Therapeuten aufgesucht?“ Gefragt wird nach Trinkgewohnheiten und Geisteskranken in der Familie. Dann die Aufforderung: „Nennen

Sie das Datum Ihrer letzten Periode.“

Weil Otto private Befindlichkeiten nicht preisgeben will, muss sie um ihren Job bangen. Mehrere blaue Briefe haben sie und rund 280 andere Verweigerer von Giampiero di Paolantonio bekommen, dem Leiter des medizinischen Dienstes des Parlaments. Rechtliche Konsequenzen haben di Paolantonios Mitarbeiter den Boykottgeuren angedroht, gar ihre Entlassung in den Raum gestellt. Der Bogen gehöre zum obligatorischen Gesundheitscheck im neuen Einstellungsverfahren, behaupten die Verwalter. Und: Europas Datenschutzbeauftragter Peter Hustinx habe den Fragebogen abgesegnet.

Doch nun droht di Paolantonio Ärger. Offenbar hat der medizinische Dienst dem Datenschützer vor einem Jahr einen anderen Katalog zur Genehmigung vorgelegt als später Adeline Otto und ihren Kollegen. „Der medizinische Fragebogen, den Sie in Ihrem Schreiben vom 19. Mai beigefügt haben, entspricht nicht dem medizinischen Fragebogen für akkreditierte Assistenten, der zum Europäischen Datenschutzbeauftragten im Juni 2009 zur Genehmigung geschickt wurde“, berichtet

Hustinx in einem Schreiben an den Linken-Fraktionschef Lothar Bisky, das der FTD vorliegt. Insbesondere fehle es in dem Schreiben für die Mitarbeiter an Informationen über die Gründe und die rechtliche Basis der Datensammlung. Außerdem Hinweise, welche Konsequenzen ein Nichtausfüllen habe.

Hustinx stellt nun den ganzen Katalog infrage. „Der Europäische Datenschutzbeauftragte hat (...) den medizinischen Dienst und den Generalsekretär des Europäischen Parlaments gebeten, erneut die Relevanz der Fragen im Zusammenhang mit der Gesundheitsprüfung für akkreditierte Assistenten zu prüfen“, heißt es in dem Schreiben an Bisky.

Datenjäger di Paolantonio verweigerte auf Anfrage die Stellungnahme. Auch manche Abgeordnete würden über die leidige Angelegenheit am liebsten den Mantel des Schweigens decken – schließlich stellt sich ihr Parlament nach außen gerne als Hochburg des Datenschutzes dar. Adeline Otto hofft indes auf eine klärende Stellungnahme durch die Personalabteilung. Allerdings ist seit Montag offiziell Sommerpause im Parlament. Dann rührt sich in Brüssel und Straßburg meist gar nichts mehr.

Frankreichs Burka-Bann macht Schule in Nahost

Syrien geht gegen Vollverschleierung vor

VON TERESA GOEBBELS, BERLIN

Frankzösische Güter nehmen selten den Weg nach Syrien – auf Platz 71 der Exportabnehmer liegt der nahöstliche Staat. Jetzt aber haben die Syrer französisches Gedankenkontingent importiert und Gesichtsschleier von ihren Hochschulen verboten. „Wir haben alle Universitäten angewiesen, Frauen mit Nikab von der Anmeldung auszuschließen“, zitierte die Nachrichtenagentur AP am Montag Regierungskreise.

Europäische Vorbilder gibt es mittlerweile viele: In der vergangenen Woche hat Frankreichs Parlament ein Verbot der Ganzkörperschleier, der Burkas, beschlossen. Es ist das vorerst letzte europäische Land, das der textilen Gesichtsbekleidung gesetzlich Herr zu werden sucht. Belgien hat eine solche Regelung schon getroffen, der Nachbar Niederlande ist auf dem Weg dahin.

Das Motiv ist dabei im christlich dominierten Europa dasselbe wie im muslimisch geprägten Osten: „Das ist ein ganz, ganz deutliches

Signal an die Islamisten, ihre Grenzen zu beachten“, sagt Guido Steinberg, Nahostexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik. Die syrische Regierung verfolgt nach eigener Angabe das Ziel, die „säkulare Identität“ des Landes zu schützen.

Das Regime stört sich dabei nicht daran, dass der Nikab, der allein die Augen freigibt, ein äußerst rares Accessoire ist. Wesentlich häufiger werden nur die Haare bedeckt, das Gesicht bleibt jedoch frei. Kopftücher sind aber weiter gestattet. Für die politische Führung um Präsident Baschar al-Assad ist das Verbot bereits der zweite Streich: Im Juni wurden Hunderte Grundschullehrerinnen, die den Nikab tragen, vom Klassenzimmer in die Verwaltung verbannt.

Der Syrer Naser Khader versucht als integrationspolitischer Sprecher der Konservativen Volkspartei in Dänemark, auch dort umfassende Körperbedeckung zu verbieten. Vom Justizminister beauftragte Gutachter waren aber bislang außer Stande, wenigstens eine Burkaträgerin zur Befragung aufzutreiben.